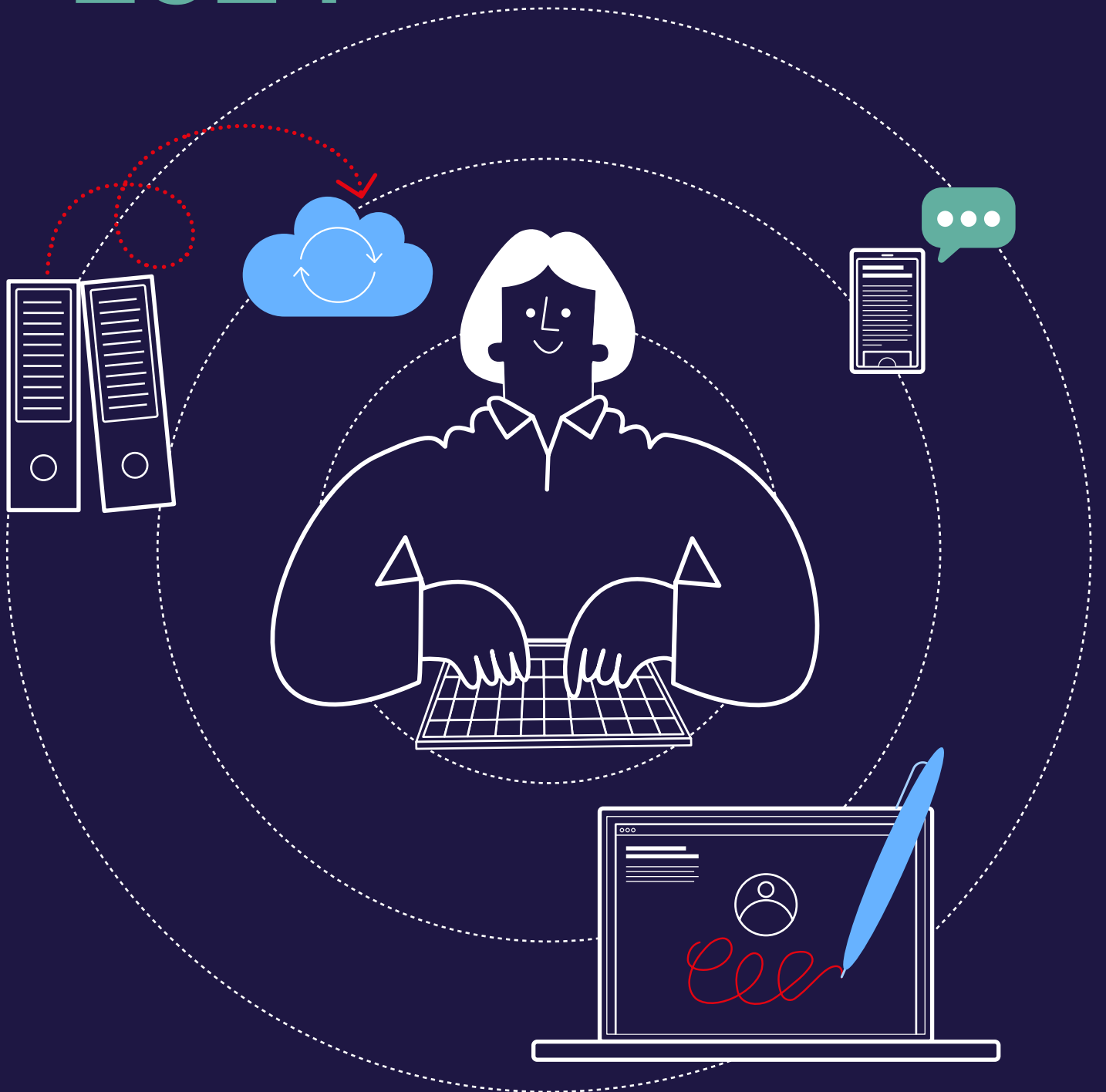




Digitale Verwaltung Schweiz  
Administration numérique suisse  
Amministrazione digitale Svizzera

# Umsetzungsplan 2024



# Umsetzungsplan DVS 2024

Datum 26. Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis	1	Einleitung	2
	2	Übersicht Agenda DVS	3
	3	Agenda DVS	5
	3.1	Initiative 1: Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung etablieren	5
	3.2	Initiative 2: Potenzial zur Automatisierung und Vereinfachung für die Wirtschaft ausschöpfen	12
	3.3	Initiative 3: Behördenübergreifende digitale Identifikation etablieren	13
	3.4	Initiative 4: Föderales Datenmanagement	16
	3.5	Initiative 5: Cloud Governance	26
	4	Leistungsschwerpunkte DVS	27
	4.1	Standardisierung fördern	28
	4.2	Innovative Projekte fördern	28
	4.3	Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	28
	4.4	Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken	29
	4.5	Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	29
	4.6	Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen	29
	4.7	Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen	29
	4.8	Konditionserklärungen und AGB	30
	5	Budget- und Planungsübersicht der Agenda DVS (in CHF 1000)	31
	5.1	Geplante Projektbeiträge der Anschubfinanzierung gemäss EMBAG	31
	5.2	Grundfinanzierung der DVS	32
	5.3	Leistungsschwerpunkte DVS (in CHF 1000)	33

## 1 Einleitung

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) ist seit 1. Januar 2022 operativ tätig. Die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Leistungsauftrag der DVS sind in der «Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz» vom 1. Januar 2022<sup>1</sup> (Rahmenvereinbarung DVS) geregelt. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung DVS wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet. Mit dem Umsetzungsplan 2024 definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, die zur Erfüllung der in der Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027<sup>2</sup> festgelegten strategischen Schwerpunkte und ihren strategischen Zielen beitragen. Der Umsetzungsplan DVS 2024 wurde an der Sitzung vom 26.10.2023 durch das politische Führungsgremium der DVS verabschiedet.

Der Umsetzungsplan beinhaltet die Bestandteile:

- Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste DVS (Agenda DVS)<sup>3</sup>
- Leistungsschwerpunkte DVS<sup>4</sup>

### *Bemerkung zur Finanzierung*

Für die Finanzierung der Agenda DVS hat der Bund im Sinne einer Vorfinanzierung im Juni 2021 Mittel von insgesamt 15 Millionen Franken für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen. Um die Finanzierung von Projekten der Agenda DVS ab 2024 zu gewährleisten, sieht das «Bundesgesetz über den Einsatz der elektronischen Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)» eine auf die Jahre 2024 bis 2027 befristete Anschubfinanzierung vor.

Die gemeinsame Finanzierung zur Umsetzung der Agenda DVS ist in der Finanzierungsvereinbarung<sup>5</sup> geregelt. Diese Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen stellt, zusammen mit dem EMBAG, den rechtlichen Rahmen für die Finanzierung der Agenda DVS dar. Sie ergänzt die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die DVS. Die Vereinbarung legt die Höhe der von Bund und Kantonen zur Umsetzung der Agenda DVS zu leistenden Beiträge sowie die zu finanzierenden Projekte fest. Der Bund übernimmt zwei Drittel der Finanzierung, die Kantone einen Drittel.

Die Grundaufgaben und die Leistungsschwerpunkte der DVS werden durch die Grundfinanzierung abgedeckt. Bund und Kantone tragen die Grundfinanzierung paritätisch. Schweizer Gemeinden und das Fürstentum Liechtenstein können sich auf einzelvertraglicher Basis nach Massgabe ihrer Bevölkerungsanzahl als Ergänzungsfinanzierung zur Grundfinanzierung von Bund und Kantonen einbringen.

<sup>1</sup> Vom Bundesrat verabschiedet am 24. September 2021 und durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen genehmigt am 17. Dezember 2021.

<sup>2</sup> Die «Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024 - 2027» ist noch in Konsultation und tritt gemäss Planung per 1.1.2024 in Kraft.

<sup>3</sup> Mit der Agenda DVS setzen Bund und Kantone gemeinsame Schlüsselprojekte um. Die Agenda DVS beinhaltet Ambitionen und Initiativen. Die Initiativen und Massnahmen spiegeln den in der Schweiz festgestellten Handlungsbedarf im Bereich Infrastrukturen und Basisdienste für die digitale Verwaltung wider.

<sup>4</sup> Die Leistungsschwerpunkte DVS beinhalten unter anderem Leistungen aus dem ehemaligen Umsetzungsplan E-Government Schweiz und dem Arbeitsprogramm ICT sowie Projekte, die nicht über die Agenda DVS finanziert werden (z. B. Projekte in der Initialisierungsphase oder Analysen/Machbarkeitsstudien).

<sup>5</sup> Vom Bundesrat verabschiedet am 9. Juni 2023 und durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen genehmigt am 23. Juni 2023.

Für die 2024 ergänzten Projekte werden die Finanzierungsbeiträge ab 2025 mittels Revision der Finanzierungsvereinbarung noch beantragt werden.

## 2 Übersicht Agenda DVS

In der Agenda DVS legen Bund und Kantone fünf gemeinsame Ambitionen fest. Damit werden die dringend notwendige Entwicklung und Einführung von Infrastrukturen und Basisdiensten beschleunigt. Die Umsetzung der Ambitionen erfolgt jeweils in einer Initiative. Die Initiativen enthalten Initiativmassnahmen (INM) zur konkreten Umsetzung. Die leistungsverantwortliche Organisation (LvO) ist für die Umsetzung der INM als Projekt, Teilprojekt oder einzelne Massnahme innerhalb eines Projektes zuständig.

Mit der Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027 legen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam fest, wie die digitale Transformation der Verwaltungen im föderalen Kontext vorangetrieben wird. Zwischen Strategie und Agenda besteht eine Abhängigkeit bzw. die strategischen Schwerpunkte der Strategie lassen sich den Ambitionen der Agenda DVS zuordnen.

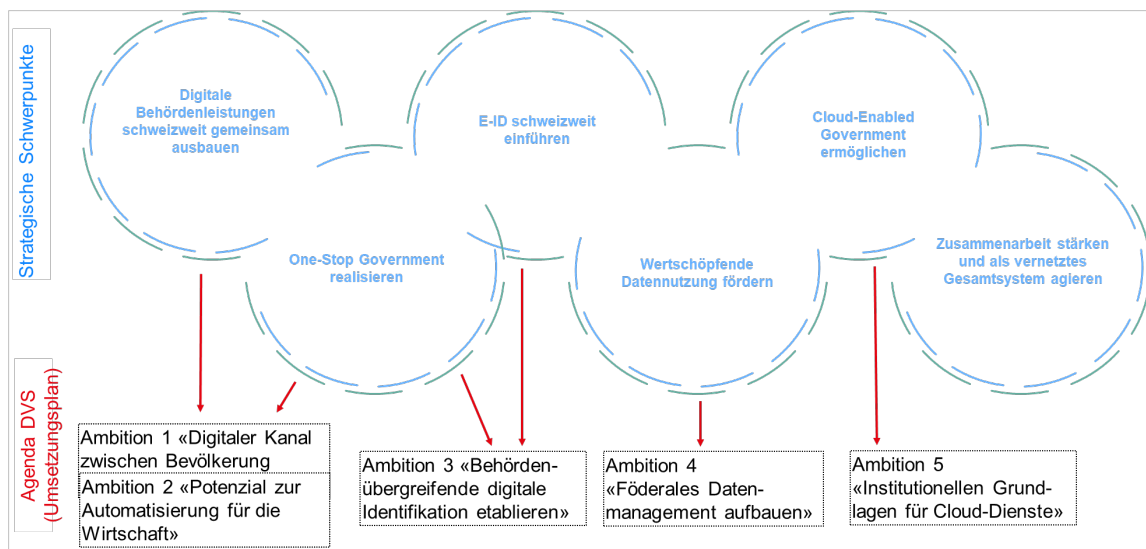


Abbildung 1: Zusammenspiel Strategie und Agenda DVS

In der nachstehenden Übersicht werden die Ambitionen und Initiativen beschrieben sowie die jeweiligen langfristigen Zielbilder dargestellt.

Initiative (Ambition)	Zielbild der Initiative
1 Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung etablieren	Die Kantone verfügen über umfassende Serviceportale als Zugang zu digitalen Serviceangeboten, die ihre Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Die Serviceportale verfügen über die erforderlichen Grundfunktionen, um den Dialog mit der Verwaltung nutzerfreundlich zu vereinfachen. Die wichtigsten Leistungen der Gemeinden sind lebenssituationsbezogen integriert. Das Serviceangebot deckt mindestens 80 % eines gemeinsamen schweizweiten Servicekatalogs ab. Die Wiederverwendung von Basiskomponenten und Servicebausteinen, die gemeinsam entwickelt werden, ist möglich und an Beispielen belegt.
2 Potenzial zur Automatisierung und Vereinfachung für die Wirtschaft ausschöpfen	Ein selbstregulierendes Ökosystem (Wirtschaft, Lösungsanbieter, Verwaltung) zur Nutzung von API (Schnittstellen) ist etabliert. Ein offenes branchenübergreifendes API-Verzeichnis steht zur Verfügung. Die rechtlichen und organisatorischen Fragen zur Bereitstellung von API durch die Verwaltung sind geklärt. Zwei bis drei skalierbare Anwendungen sind mit dem Ökosystemansatz realisiert.
3 Behördenübergreifende digitale Identifikation etablieren	Ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) ermöglicht den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz, mittels eines digitalen Nachweises, ihre Identität zu belegen. Der Bund ist Aussteller der E-ID und garantiert den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen und die Gemeinwesen verwenden die E-ID flächendeckend. Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem, bei dem die E-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Die Nutzung der Vertrauensinfrastruktur steht allen offen, so dass weitere staatliche und private Stellen digitale Nachweise anbieten. Entsprechende Standards für Nachweise aus dem Behördenwesen sind etabliert.
4 Föderales Datenmanagement aufbauen	Die wesentlichen (rechtlichen, organisatorischen und kulturellen) Voraussetzungen für das föderale Datenmanagement unter Wahrung der hoheitlichen Zuständigkeiten sind geschaffen. Damit ist auf allen föderalen Ebenen eine systematische Datenbewirtschaftung nach einheitlichen Grundsätzen etabliert. Dies erlaubt namentlich die systematische Umsetzung des Once-Only-Prinzips (wesentliche Reduktion der Mehrfacherhebung der Daten). Der Nationale Adressdienst ist bei einer Mehrheit der Kantone im produktiven Einsatz. Weitere Projekte zeigen den konkreten Nutzen des föderalen Datenmanagements.
5 Institutionelle Grundlagen für Cloud-Dienste in Cloud-Technologie im Verwaltungsumfeld schaffen	Die wichtigsten institutionellen und rechtlichen Grundlagen zur Nutzung der Cloud-Technologie im Verwaltungsumfeld sind geklärt. Der Einsatz der Cloud-Technologie folgt einer klaren Zielsetzung und kann systematisch (als gute Praxis) geplant werden. Der Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau (u. a. Erfahrungsaustausch, Vernetzung von Fachleuten) und an gemeinsamen (bzw. gemeinsam beschafften oder entwickelten) Cloud-Leistungen bei den Verwaltungen aller drei Staatsebenen ist mit konkreten Massnahmen adressiert.

### 3 Agenda DVS

#### 3.1 Initiative 1: Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung etablieren

##### 3.1.1 INM1.001: Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs

**Kontakt:** Sabina Steiner; [sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Aktuell bestehen noch grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden und den Kantonen bei ihren digitalen Serviceangeboten. Die DVS strebt den schweizweiten Ausbau der Serviceangebote an und unterstützt die Gemeinden und Kantone bei deren Umsetzung. Mit dem Projekt verfolgt die DVS das Ziel, den digitalen Kanal zwischen der Bevölkerung und den Behörden zu etablieren.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Erstellung Studie
- M2: Erstellung Konzept
- M3: Umsetzung

**Endtermin:** 13.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	21'285	100'000	300'000				421'285



### 3.1.2 INM1.026: Neuausrichtung E-Voting

**Kontakt:** Oliver Spycher; [oliver.spycher@bk.admin.ch](mailto:oliver.spycher@bk.admin.ch) / Bettina Hirter; [bettina.hirter@bk.admin.ch](mailto:bettina.hirter@bk.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)

**Beschreibung:**

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Realisierung unabhängiger Verifier
- M2: Realisierung Kontrollkomponenten
- M3: Realisierung Printoffice
- M4: Budget für allfällige Realisierung Public Bulletin Board mit Studie für Kantone

**Endtermin:** 31.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			992'250	1'616'600	1'014'950	1'350'000	<b>4'973'800</b>

### 3.1.3 INM1.059: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern

**Kontakt:** André Do Canto; [andre.docanto@bk.admin.ch](mailto:andre.docanto@bk.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)

**Beschreibung:**

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten werden Grundlagen für einen anwenderfreundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören multimediale Inhalte, Accessibility Content, Manuals, Best Practices, Standards, aber auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien.

Die heute sehr heterogene, fragmentierte Portallandschaft soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimediainhalte) gewährleisten.
- Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen.
- M2: Community-Projekte und Veranstaltungen durchführen.
- Input aus den Arbeitsgruppen aufnehmen und Weiterentwicklung fördern.
- M3: Theoretische Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals) erstellen, pflegen und analysieren. Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) analog der «UK Nutzerorientierung» erstellen.
- M4: Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren;
- «Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen. Allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren.
- Projektideen aus der Community integrieren.

**Endtermin:** 31.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			900'000	900'000	900'000	900'000	3'600'000





### 3.1.4 INM1.060: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch

**Kontakt:** André Do Canto; [andre.docanto@bk.admin.ch](mailto:andre.docanto@bk.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)

**Beschreibung:**

Dieses Ziel ergänzt die Massnahme «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» um eine «ch.ch»-Benutzeroberfläche (Frontend). Diese bietet weiterhin organisations- und ebenenübergreifende Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft der tausenden von Verwaltungsangeboten.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Support) von ch.ch.

**Endtermin:** 31.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			100'000	100'000	100'000	100'000	400'000

### 3.1.5 INM1.068: Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»

**Kontakt:** Patric Ilg; [patric.ilg@seco.admin.ch](mailto:patric.ilg@seco.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

**Beschreibung:**

Die Plattform «Amtsblattportal» wird neu entwickelt. Das Ziel ist, das «Amtsblattportal» technologisch und funktional auf den neusten Stand zu bringen und an den aktuellen Standards und Anforderungen auszurichten. Dadurch kann ein sicherer und kosteneffizienter Betrieb und die Erfüllung des Leistungsauftrags gemäss den rechtlichen Anforderungen auch künftig gewährleistet und der weitere Ausbau zur zentralen Schweizer Publikationsplattform für amtliche Meldungen fortgeführt werden. Die Trägerschaft durch alle föderalen Ebenen hindurch soll weiter gestärkt und längerfristig etabliert werden. Besonders wichtig ist dabei, dass die spezifischen Anforderungen der Kantone und Gemeinden ins Pflichtenheft einfließen, damit die neue Plattform für alle Beteiligten einen grösstmöglichen Nutzen stiften kann. Es sind die Bedürfnisse aller Kantone zu erheben, da auch diejenigen Kantone Daten beziehen, die über eigene Kanäle publizieren. Für die Kantone und Gemeinden ist die Plattform die erste digitale Lösung zur Publikation von Meldungen. Die Anforderungen der Gemeinden und Städte werden über den Schweizerischen Gemeindeverband SGV und den Schweizerischen Städteverband SSV abgedeckt.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Konzept erstellen
- M2: Umsetzung

**Endtermin:** 30.09.2026

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		100'000	350'000	700'000	350'000		1'500'000



### 3.1.6 INM1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»

**Kontakt:** Beat Wyler; [beat.wyler@sk.so.ch](mailto:beat.wyler@sk.so.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** iGovPortal.ch (Verein)

**Beschreibung:**

Das iGovPortal ist eine interkantonale Plattform für E-Government, die eine Vernetzung zwischen Bürger/innen sowie juristischen Personen und ihrer zuständigen Verwaltung ermöglicht. Ziel ist der Ausbau des digitalen Leistungsangebots der Kantone mit ihren Gemeinden. Die Plattform iGovPortal soll hinsichtlich Interoperabilität und Standardisierung weiterentwickelt werden und die User Experience verbessert werden.

Aktuell gehören dem gleichnamigen Trägerverein iGovPortal.ch die neun Kantone Basel-Landschaft, Freiburg, Glarus, Graubünden, Jura, Luzern, Solothurn, St. Gallen und Wallis an.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Erneuerung IT-Architektur
- M2: Erneuerung der Benutzeroberfläche und Erweiterung der Funktionalität

**Endtermin:** 31.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		250'000	850'000	1'650'000	450'000		3'200'000

### 3.1.7 INM1.071: Schweizweite Betreibungsregistrauskunft

**Kontakt:** Yves de Mestral; [yves.demestral@zuerich.ch](mailto:yves.demestral@zuerich.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Konferenz der Stadtammänner von Zürich (KdSZ)

**Beschreibung:**

Die Ausfertigung der Betreibungsregistrauskunft ist einer der häufigsten Geschäftsvorfälle in der Verwaltung. In aktuellen Betreibungsregistrauszügen sind nur diejenigen Betreibungsverfahren verzeichnet, die in dem Betreibungskreis laufen, in dem der Auszug bestellt wird. Neu soll eine Betreibungsregistrauskunft über alle 366 Ämter der Schweiz ausgestellt werden. Einerseits wird für die Bevölkerung die Einholung einer Betreibungsregistrauskunft einfacher. Andererseits wird damit dem Missbrauch der Betreibungsregistrauskunft durch geeignete Massnahmen ein Riegel geschoben und Betrugsfällen durch Schuldner vorgebeugt. Zudem sollen die Betreibungsämter durch eine voll-digitale Abwicklung der Selbstauskünfte entlastet werden. Dieses strategische Projekt soll mit der Initialisierungsphase gestartet werden.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Durchführung Initialisierung

**Endtermin:** 30.06.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			300'000				300'000

### 3.2 Initiative 2: Potenzial zur Automatisierung und Vereinfachung für die Wirtschaft ausschöpfen

#### 3.2.1 INM2.047: eCH Standards für interoperable Portalarchitektur definieren

**Kontakt:** Marcel Kessler; [marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Mit der Erarbeitung eines oder mehrerer Standards für interoperable Behördenleistungsportale soll ein möglichst durchgängiges, bedürfnisgerechtes Nutzererlebnis ermöglicht werden: Die Benutzenden sollen mit einem einzigen Login alle ihre Behördengänge erledigen können und dabei keine Daten doppelt erfassen müssen (Once-Only-Prinzip).

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Initialisierungsphase/Konzept abschliessen
- M2: Umsetzung der Standards

**Endtermin:** 13.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	49'960	50'000	50'000				149'960

### 3.3 Initiative 3: Behördenübergreifende digitale Identifikation etablieren

#### 3.3.1 INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte

**Kontakt:** Philippe Lorenz, fedpol; philippe.lorenz@fedpol.admin.ch / Urs Paul Holenstein, BJ; urspaul.holenstein@bj.admin.ch

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Justiz (BJ)

**Beschreibung:**

Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz sowie Schweizerinnen und Schweizer im Ausland sollen sich im Internet sicher identifizieren können. Dafür ist ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) erforderlich. Der Bund soll die staatliche E-ID ausstellen und für den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur verantwortlich sein. Neben der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (E-ID-Gesetz) werden für die E-ID-Vertrauensinfrastruktur Technologien erprobt. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Pilotprojekte durchgeführt: Die Bundeskanzlei (BK) überprüft die Machbarkeit eines elektronischen Ausweises für Mitarbeitende des Bundes (Proof of Concept ePerso). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) testen einen elektronischen Lernfahrausweis, mit dem Ziel, auch andere Verkehrszulassungen als elektronische Nachweise anbieten zu können. Hinzu kommt eine Reihe von kantonalen und privaten Pilotprojekten.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Entwurf E-ID-Gesetz und Ausführungsbestimmungen erarbeiten
- M2: E-ID Kommunikation spezifizieren und umsetzen
- M3: Pilotprojekt eLernfahrausweis (eLFA) umsetzen
- M4: E-ID-Ausstellung umsetzen

**Endtermin:** 13.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	450'000	1'300'000	1'000'000				2'750'000

### 3.3.2 INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)

**Kontakt:** Philipp Dasen; [philipp.dasen@bk.admin.ch](mailto:philipp.dasen@bk.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK-DTI)

**Beschreibung:**

Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem bei dem die E-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Vorgesehen ist eine «Proof of Concept» (PoC) Umgebung eines Identitätsverbunds inklusive CH-LOGIN, edu-ID und kantonaler Identitätsprovider (IdP) im Jahr 2023 und die operative Nutzung ab 2024.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Studie AGOV
- M2: PoC AGOV funktional
- M3: Betrieb PoC-Umgebung BIT
- M4: Start Aufbau Supportorganisation
- M5: Start Umsetzung Endausbau kantonale Anforderungen
- M6: Georedundanz verfügbar
- M7: Start Regelbetrieb BIT, inkl. Supportorganisation
- M8: Start Anschluss kantonaler Zielapplikationen oder IAM-Systeme (Produktion)
- M9: Fortsetzung weiterer Ausbau kantonale Anforderungen
- M10: Start Weiterentwicklung E-ID
- M11: Anschluss staatliche E-ID (Wallet2Federation-Service)

**Endtermin:** 31.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		3'100'000	4'450'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000	16'150'000

### 3.3.3 INM3.066: Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (VC, digitale Nachweise)

**Kontakt:** Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Die E-ID-Gesetzgebung ermöglicht den Aufbau einer offenen, nationalen, digitalen Vertrauensinfrastruktur. Um die Ausgabe und Nutzung von digitalen Nachweisen im Umfeld der Verwaltung zu fördern, ist eine frühe Standardisierung wichtig. Eine DVS-Prioritätsliste von digitalen Nachweisen (VC) aus dem Behördenumfeld wird geführt. In einer Merkmalsliste werden alle benötigten Merkmale der Nachweise zur exakten Definition zusammengetragen, referenziert oder beschrieben. Aus dieser Liste wird anschliessend die Zusammenstellung einzelner Nachweise mithilfe von Stakeholdergruppen erarbeitet und überprüft. Das Gesamtergebnis nennt sich VC-Katalog und wird menschen- wie auch maschinenlesbar bereitgestellt. Die dafür notwendige Plattform wird nicht nur für Nachweise des Behördenumfelds genutzt, sondern auch für VC-Definitionen aus der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt. Somit sind z. B. einheitliche Wohnsitzbestätigungen in der ganzen Schweiz möglich, wodurch Prozesse vieler Akteure einfacher werden (u. a. Kantone, Hochschulen, SBB, Softwareanbieter). Für die Umsetzung wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Aufbau und Betreuung des VC-Merkmalkatalogs
- M2: Leitung der Arbeitsgruppe iSVC

**Endtermin:** 26.04.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		100'000	40'000				140'000



### 3.4 Initiative 4: Föderales Datenmanagement aufbauen

#### 3.4.1 INM4.015: Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen

**Kontakt:** Fabio Tomasini; fabio.tomasini@bfs.admin.ch

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)

**Beschreibung:**

Jedes in der Schweiz aktive Unternehmen erhält eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID). Zur korrekten Zuteilung, Verwaltung und Verwendung der UID führt das BFS das UID-Register. Die UID-Stellen sind für die Verwaltung der Informationen der Unternehmen verantwortlich, die auf dem UID-System veröffentlicht werden. Ausgleichskassen (kantonale Ausgleichskasse und Verbandsausgleichskasse) stellen ein wichtiges Informationselement für das UID-System dar, insbesondere für alle Einheiten, die ausschliesslich in deren System verwaltet werden. Ein gutes Management des Datenaustauschs zwischen den UID-Stellen setzt eine vollständige Implementierung der eCH-Standards voraus. Mit der Modernisierung des eCH-0010 und eCH-0239-Standards wird mit der Einführung des Konzepts der Adresstypologie ein weiterer Schritt in dieser Standardisierung unternommen. In einem nächsten Schritt gilt es, den künftigen Standard in den Systemen der kantonalen Ausgleichskassen (KAK) oder Verbandsausgleichskassen (VAK) umzusetzen. Mit der Harmonisierung der Adressverwaltung können die Prozesse zur Verwaltung von Adressidentifikationsdaten für alle Verwaltungsebenen deutlich vereinfacht und die im UID-Netzwerk ausgetauschten Informationen zum Nutzen aller angeschlossenen UID-Stellen eindeutig und transparent qualifiziert werden.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Implementierung der eCH-Standards, insbesondere der Adresstypologie

**Endtermin:** 15.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			450'000				450'000

### 3.4.2 INM4.016: Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen

**Kontakt:** Werner Sark; [werner.sark@bfs.admin.ch](mailto:werner.sark@bfs.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)

**Beschreibung:**

Ein Nationaler Adressdienst ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Derzeit gibt es noch kein nationales System, welches diese Daten ohne Redundanzen und fehlerfrei zur Verfügung stellt. Der NAD wird Verwaltungsabläufe vereinfachen und effizienter gestalten. Die angestrebte Lösung berücksichtigt alle Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M0: Projektleitung sicherstellen
- M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten
- M2: Konzeption und Organisation sicherstellen
- M3: Systementwicklung vornehmen.
- M4: Einführung und Kommunikation umsetzen

**Endtermin:** 30.06.2025

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	530'000	1'020'000	3'100'000	4'210'000	200'000		9'060'000

### 3.4.3 INM4.024: Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen

**Kontakt:** Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK-DTI)

**Beschreibung:**

Es werden Grundlagen geschaffen für ein nationales Datenökosystem, damit alle Staatsebenen, wie auch Dritte, ihre Daten gemeinsam nutzen und austauschen können. Darin eingeschlossen sind Zusammenarbeitskonzepte (Blueprints) für interoperable Datenräume.

Auf Basis dieser Grundlagen sind institutionelle und konzeptionelle Rahmenbedingungen erarbeitet z. B. für die Datenräume in den Bereichen Mobilität, Landwirtschaft, Gesundheit oder Bildung. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen evaluiert. Pilotprojekte zeigen prototypisch auf, welche Anforderungen an die Governance, Zusammenarbeit, Architektur und Infrastrukturen zu erfüllen sind.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Architektur Blueprint V1
- M2: Architektur Blueprint V2
- M3: Trägerschaft identifiziert
- M4: Prototypen identifiziert
- M5: Prototypen umgesetzt

**Endtermin:** 10.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	480'000	1'400'000	1'400'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000	<b>6'680'000</b>

### 3.4.4 INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung

**Kontakt:** Maik Roth; [maik.roth@bfs.admin.ch](mailto:maik.roth@bfs.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)

**Beschreibung:**

Dieses Projekt dient dazu, die Umsetzung der «Open Government Data»-Strategie 2019-2023 und insbesondere des Grundsatzes «open-by-default» zu beschleunigen, und so die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies, indem einerseits die Unterstützungsleistungen für die Partner (v. a. Kantone und Verwaltungseinheiten des Bundes) ausgebaut und andererseits eine zukunftsfähige und nutzerfreundliche Lösung für das heutige Portal [opendata.swiss](https://opendata.swiss) aufgebaut sowie Redundanzen mit anderen Plattformen (v. a. Interoperabilitätsplattform I14Y) vermieden werden.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Business Analyse und Anforderungskatalog erstellen
- M2: Weiterentwicklung und Optimierung OGD Portal abschliessen
- M3: Integration oder Anbindung der Plattformen
- M4: IT-Projektleiter/in Migration/ Anwendungsverantwortliche(r) anstellen
- M5: Datenspezialist/in anstellen: Entwicklung allgemeine Beratungsdienstleistungen der Geschäftsstelle OGD für die Kantone und Gemeinden.
- M6: Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in anstellen: Ausbau Beratungs- und gemeinsamer Diffusionsdienstleistungen in der öffentlichen Statistik (Output Data Services)

**Endtermin:** 31.12.2025

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	114'200	750'000	500'000	500'000			1'864'200

### 3.4.5 INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen

**Kontakt:** Benjamin Rothen; [benjamin.rothen@bfs.admin.ch](mailto:benjamin.rothen@bfs.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)

**Beschreibung:**

Zwischen Bund und Kantonen soll eine mehrjährige Planung («Roadmap») erstellt werden, welche aufzeigen wird, wie die Themen Datenmanagement und Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen umgesetzt werden können. Damit wird auch Transparenz über den Stand der Entwicklung in den Kantonen hergestellt. Gemeinsame Projekte sollen angegangen und der Wissensaustausch sichergestellt werden. Verschiedene bisher existierende und neu geschaffene Gremien werden die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themenbereichen sicherstellen.

Die zentralen Massnahmen des vorliegenden Projekts sind:

- a) Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung der Themen Datenmanagement/Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen;
- b) Aufbau eines zentralen Community Managements für die regionale Ebene beim BFS;
- c) Aufbau einer zentralen Informationsplattform (Extranet), welche den Wissensaustausch und das Capacity Building gewährleistet. Dazu braucht es einen Anwendungs-Manager, der die Plattform aktiv betreut.

Durch die Erweiterung auf die Thematik Datenmanagement muss der Kreis der involvierten Akteure vergrössert werden und betrifft nicht mehr nur Personen, die sich primär mit Statistik befassen. Die Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Roadmap aufbauen
- M2: Community Manager/in anstellen
- M3: Informationsplattform Pilotbetrieb aufbauen
- M4: Informationsplattform aufbauen
- M5: Anwendungs-Manager/in anstellen
- M6: Community Days Fachgremien Datenmanagement durchführen

**Endtermin:** 31.12.2027

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	41'000	545'000	566'000	446'000	456'000	466'000	<b>2'520'000</b>

### 3.4.6 INM4.064: IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)

**Kontakt:** Mario Bürgler; mario.buergler@sz.ch

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Kanton SZ, Amt für Landwirtschaft

**Beschreibung:**

Das gemeinsame Projekt der zwölf Kantone (Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St.Gallen, Tessin, Uri und Zürich; nachfolgend «Kantone») umfasst die Dienstleistungen einer IT-Lösung, welche Bereiche des eidgenössischen Landwirtschaftsrechts (Direktzahlungen) und weitere eidgenössische und kantonale Rechtsgebiete (Naturschutz, Veterinärwesen, Umwelt- und Gewässerschutz) vollzieht. Die Kantone betreiben heute gemeinsam in Form einer einfachen Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit eine Geschäftsstelle, welche beim Kanton Zürich angesiedelt ist. Die Entwicklungs- und Migrationsprojekte für die neue IT-Lösungen sollen neu über eOperations Schweiz AG laufen, während der restliche Anteil der Geschäftsführung bis zum Ende der Übergangsphase, voraussichtlich per 31. Dezember 2025, bei der derzeitigen Geschäftsstelle im Kanton Zürich belassen wird. Damit sollen die Prozesse in den Kantonen vereinheitlicht, Synergien genutzt, Kosten reduziert und die Rechtspersönlichkeit von eOperations Schweiz AG genutzt werden.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Anforderungsanalyse
- M2: Spezifikationen
- M3: Entwicklung der Schnittstellen

**Endtermin:** 31.07.2025

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	400'000	600'000			1'300'000

### 3.4.7 INM4.067: Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden

**Kontakt:** Lukas Mohler; [lukas.mohler@bs.ch](mailto:lukas.mohler@bs.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Kanton BS

**Beschreibung:**

Das primäre Ziel liegt in der zeitnahen Erhebung möglichst umfassender Anforderungen aus den Staatsebenen Kantone und Gemeinden an die I14Y sowie deren Umsetzung im Rahmen des hier genannten Umfangs. Damit werden die Arbeiten von weiteren Gemeinwesen mit ähnlicher Ausgangslage und Zielsetzung erleichtert. Darüber hinaus werden Empfehlungen abgeleitet für den Betrieb der Plattform im Hinblick auf eine schweizweite Betrachtung von Continuous Development und Continuous Integration.

Das Projekt startet mit dem Kanton Basel-Stadt. Dieser deckt kantonale und städtische Strukturen ab, verfügt über eine zentrale Statistikstelle, die für OGD zuständig ist sowie eine Geoinformationsstelle mit langjähriger Erfahrung im Datenmanagement, die für die koordinierte Erfassung und Bereitstellung von Gebäudeinformationen zuständig ist (laufendes Projekt). Dies gewährleistet, dass die Projektergebnisse für weitere Kantone zu Erleichterungen führen bezüglich der Anbindung an den nationalen Datenkatalog. Auf diese Weise wird ein erheblicher Multiplikationseffekt durch das Projekt erzielt.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Projektleitung und Anforderungsanalysen/Priorisierung über mehrere Kantone/Städte hinweg
- M2: Identifikation und Berichte Best Practice
- M3: Erweiterungen I14Y

**Endtermin:** 15.12.2025

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		240'000	390'000	250'000			880'000

### 3.4.8 INM4.069: Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung

**Kontakt:** Laura Hahn; [laura.hahn@bfs.admin.ch](mailto:laura.hahn@bfs.admin.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik

**Beschreibung:**

Das Umsetzungsziel besteht im Aufbau eines webbasierten Reporting-Portals. Das Webportal ermöglicht den Gemeinden, Kantonen und Bundestellen sowie weiteren Stakeholdern einen gesteuerten Zugang zu Kennzahlen der Sozialhilfestatistik für die politische und strategische Steuerung. Zudem ermöglicht es den Datenlieferanten ein Qualitätsmonitoring und den Zugang zu harmonisierten Daten. Das Webportal gewährleistet die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung.

Die Auftraggeber sind die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) sowie das Bundesamt für Statistik (BFS). Das Projekt wird in einer Co-Leitung durch die SODK und das BFS geleitet.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Entwicklung von Policies und Pilotierung
- M2: Zugriffsmanagement und Prozesse
- M3: Ausarbeitung Architektur, Infrastruktur- und Datenmodellierung
- M4: Parametrierung der technologischen Lösung
- M5: Aufbau der statistischen Berichte

**Endtermin:** 15.12.2025

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		200'000	190'000	220'000			610'000



### 3.4.9 INM4.072: SpiGes – Umsetzung von zwei MVP, Piloterhebung und Datenerhebungsplattform im Jahr 2024

**Kontakt:** Marco D'Angelo; marco.dangelo@bfs.admin.ch

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik

**Beschreibung:**

Das Projekt SpiGes zielt darauf ab, die Datenerhebung und -nutzung im Bereich der spitalstationären Gesundheitsversorgung zu vereinfachen. Durch die erste Massnahme wird einerseits der Erhebungsprozess bei den Spitälern mittels eines MVP<sup>6</sup> getestet werden. Mit einem weiteren MVP stehen früh gemeinsam geprüfte Daten den politischen Akteuren für die Tarifverhandlungen zur Verfügung. Beide MVP beschleunigen das Projekt SpiGes und erhöhen die Akzeptanz der geplanten Lösungen bei den beteiligten Akteuren im Gesundheitswesen. Erstmals werden damit Daten der stationären Spitalversorgung kohärent und transparent, in einem gemeinsamen Prozess definiert und für alle Anspruchsgruppen zugänglich gemacht. Ab 2025 wird das Projekt in das Nationale Programm DigiSanté des EDI unter Co-Leitung des BAG und des BFS integriert.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- Erstellung MVP (Erhebungsplattform Pilot)
- Erstellung MVP (Go-live der SpiGes Datenplattform)

**Endtermin:** 31.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			1'800'000				1'800'000

<sup>6</sup> Ein minimal funktionsfähiges Produkt



3.4.10INM4.073: Studie «Ausweitung der IT-Lösung (NIKA) in den Bereichen der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung von Bund und Kanton auf die Westschweiz»

**Kontakt:** noch offen

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Canton de VD

**Beschreibung:**

Die Westschweizer Kantone (Waadt, Genf, Neuenburg, Jura, Freiburg und Wallis) verwenden heute unterschiedliche Systeme (ACORDA, SAP und GELAN). Weiter nutzen einige Kantone bereits das LAWIS System. Mit der Studie soll abgeklärt werden, ob für die genannten Kantone das vom Kanton Schwyz geführte Projekt (NIKA, ehemals AGRICOLA) Nutzen bringt und wie sie allenfalls integriert werden können, damit auch sie ihre Kantonssysteme auf den neusten Stand bringen können

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Erarbeitung einer Studie

**Endtermin:** 31.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			100'000				100'000

### 3.5 Initiative 5: Institutionelle Grundlagen für Cloud-Dienste in der Verwaltung schaffen

#### 3.5.1 INM5.025: Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.

**Kontakt:** Greg Hernan; [greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Das Projekt soll den Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau (u. a. Erfahrungsaustausch, Vernetzung von Fachleuten) und an gemeinsamen (bzw. gemeinsam beschafften oder entwickelten) Cloud-Leistungen bei den Verwaltungen aller drei Staatsebenen prüfen. Auf Basis dieser Prüfung sind mögliche Zusammenarbeitsformen der drei Staatsebenen und die erforderlichen institutionellen Grundlagen zu erarbeiten. Mögliche Zusammenarbeitsformen können beispielsweise gemeinsame Beschaffungen (z. B. sogenannte «Digitale Marktplätze») und Service-Angebote oder die Erarbeitung von Hilfsmitteln und Wissens- und Austauschplattformen umfassen (z. B. Methoden zur Risikoanalyse, Architektur-Blueprints, Wiki). Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen zu evaluieren. Der Bund und die Kantone entscheiden über die nächsten Schritte (z. B. Aufbau gemeinsamer Service-Angebote).

Das Projekt baut damit sowohl auf dem Folgeauftrag des Bundesrats an die Organisation DVS aus dem Bericht «Swiss Cloud» als auch auf der Zielsetzung der Arbeitsgruppe «Cloud Governance» auf.

Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der eOperations Schweiz AG durchgeführt. Die Arbeitsgruppe «Cloud Governance» bildet die Kerngruppe des Projekts.

**Massnahmen/Lieferobjekte:**

- M1: Bedarf ermitteln und spezifizieren

**Endtermin:** 15.12.2024

**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			300'000				300'000

#### 4 Leistungsschwerpunkte DVS

Die Leistungsschwerpunkte DVS sind neben den Projekten gemäss Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz ein Teil des Umsetzungsplans DVS. Sie beinhalten unter anderem Leistungen aus dem ehemaligen Umsetzungsplan E-Government Schweiz und dem Arbeitsprogramm ICT sowie Projekte, die nicht über die Agenda DVS finanziert werden (z. B. Projekte in der Initialisierungsphase oder Analysen/Machbarkeitsstudien). Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, welche zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder beitragen. Die Leistungsschwerpunkte tragen zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder bei.

Die Leistungen sind darauf ausgerichtet, einen Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen zu schaffen und die Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg zu fördern.

#### 4.1 Standardisierung fördern

**Kontakt:** Lorenz Frey-Eigenmann; [lorenz.frey-eigenmann@ech.ch](mailto:lorenz.frey-eigenmann@ech.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Verein eCH

**Beschreibung:**

Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse E-Government-Projekte und tangiert direkt oder indirekt fast alle Handlungsfelder der «Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Im Rahmen des Umsetzungsplans wird eine möglichst breite Standardisierung gefördert. Dies soll den Aufwand bei den umsetzenden Behörden senken.

#### 4.2 Innovative Projekte fördern

**Kontakt:** Irem Türkes-Kaynarca; [irem.tuerkes-kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:irem.tuerkes-kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Die DVS stellt jährlich Mittel zur Verfügung, um innovative Projekte zu unterstützen. Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Eine Jury bestimmt, welche Projekte im Rahmen der Innovationen unterstützt werden. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

#### 4.3 Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

**Kontakt:** Irem Türkes-Kaynarca; [irem.tuerkes-kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:irem.tuerkes-kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, konkrete Projekte zu unterstützen, die individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern, wie beispielsweise Schulungs- und Kursangebote oder andere Formate, die das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht den Verwaltungsmitarbeitenden vermitteln.

#### 4.4 Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken

**Kontakt:** Vanessa Eugster; [vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:**

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll auf verschiedenen Kanälen transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden. Hierfür informiert die DVS offen und zielgruppengerecht über laufende Digitalisierungsprojekte und stellt Hintergrundwissen zur Verfügung.

#### 4.5 Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

**Kontakt:** Timur Acemoglu; [info@eJustice.ch](mailto:info@eJustice.ch)

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Verein eJustice

**Beschreibung:**

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz.

#### 4.6 Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen

**Kontakt:** vakant

**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK-DTI)

**Beschreibung:** <Text in Arbeit; wird nachgeliefert, sobald verfügbar>

#### 4.7 Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen

**Kontakt:** Geschäftsstelle DVS

**Beschreibung:** Arbeitsgruppen bearbeiten spezifische Themen im Rahmen des Leistungsauftrags der DVS. Sie werden nach Bedarf vom operativen Führungsgremium oder vom Beauftragten von Bund und Kantonen zur inhaltlichen Unterstützung des politischen und des operativen Führungsgremiums eingesetzt.

Folgende Arbeitsgruppen sind aktiv:

- Arbeitsgruppe Telekommunikation
- Arbeitsgruppe Voice

- Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit
- Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID
- Nationales Koordinationsgremium Datenmanagement
- Arbeitsgruppe Cloud Governance
- Arbeitsgruppe Workplace

Eine detailliertere Beschreibung der Arbeitsgruppen ist auf der Website der DVS: «Arbeitsgruppen Digitale Verwaltung Schweiz ([digitale-verwaltung-schweiz.ch](https://digitale-verwaltung-schweiz.ch))» und im Extranet «Arbeitsgruppen/Groupes de travail ([admin.ch](https://admin.ch))» zu finden.

#### 4.8 Konditionserklärungen und AGB

**Kontakt:** Greg Hernan; [greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch](mailto:greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch)

**Beschreibung:**

Die DVS unterstützt die beteiligten Gemeinwesen im Bereich der Digitalisierung und IKT durch Beratung, Koordination und Empfehlungen sowie durch Interessensvertretung gegenüber IKT-Anbietern, insbesondere hinsichtlich gemeinsamer Rahmenverträge und Konditionserklärungen der beteiligten Gemeinwesen.

Dank Vereinbarungen mit ICT-Lieferanten und ICT-Dienstleistern verfügen die öffentlichen Verwaltungen in ICT-Bereichen über bessere Einkaufskonditionen und minimieren den Beschaffungsaufwand.

## 5 Budget- und Planungsübersicht der Agenda DVS (in CHF 1000)

### 5.1 Geplante Projektbeiträge der Anschubfinanzierung gemäss EMBAG

Initiativmassnahme / Umsetzungsziel	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
1.001: Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs	21	100	300				421
1.026: Neuausrichtung E-Voting			992	1'617	1'015	1'350	4'974
1.059: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern			900	900	900	900	3'600
1.060: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch			100	100	100	100	400
1.068: Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»		-	-	700	350		1'050
1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»		-	-	1'650	450		2'100
2.047: eCH Standards für interoperable Portalarchitektur definieren	50	50	50				150
3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	450	1'300	1'000				2'750
3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)		3'100	4'450	5'600	2'000	1'000	16'150
3.066: Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (VC, digitale Nachweise)		100	40				140
4.016: Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen	530	1'020	3'100	4'210	200		9'060
4.024: Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	480	1'400	1'400	1'200	1'100	1'100	6'680
4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	114	750	500	500			1'864
4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen	41	545	566	446	456	466	2'520
4.064: IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)		300	400	600			1'300
4.067: Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden		-	-	250			250
5.025: Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.		-	300				300
<b>Total</b>	<b>1'686</b>	<b>8'665</b>	<b>14'098</b>	<b>17'773</b>	<b>6'571</b>	<b>4'916</b>	<b>53'709</b>





## 5.2 Grundfinanzierung der DVS

Initiativmassnahme / Umsetzungsziel	2023	2024	2025	2026	2027	Total
1.068: Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»	100	350		-		450
1.071: Schweizweite Betreibungsregisterauskunft		300				300
1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»	250	850				1'100
4.015: Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen		450				450
4.067: Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden	240	390				630
4.069: Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung	200	190	220			610
4.072: SpiGes – Umsetzung von zwei MVP, Piloterhebung und Datenerhebungsplattform im Jahr 2024		1'800				1'800
4.073: Studie «Ausweitung der IT-Lösung (NIKA) in den Bereichen der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung von Bund und Kanton auf die Westschweiz»		100				100
<b>Total</b>	<b>790</b>	<b>4'430</b>	<b>220</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>5'440</b>



### 5.3 Leistungsschwerpunkte DVS (in CHF 1000)

	2024	2025	2026	2027	Total
Standardisierung fördern	250	250	250	250	1'000
Innovative Projekte fördern	200	200	200	200	800
Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	200	200	200	200	800
Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken	150	150	150	150	600
Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	200	200	200	200	800
Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen	100	100	100	100	400
Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen	300	300	300	300	1'200
Konditionserklärungen und AGB	50	50	50	50	200
<b>Total</b>	<b>1'450</b>	<b>1'450</b>	<b>1'450</b>	<b>1'450</b>	<b>5'800</b>